

RETTET DEN KAPITALISMUS!

Für alle, nicht für 1%



Robert B.
REICH

campus

RETTET DEN KAPITALISMUS!

Robert B. Reich ist Professor für Public Policy an der Goldman School of Public Policy der University of California, Berkeley. Er war von 1993 bis 1997 US-Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton. Bei Campus erschienen seine Bücher *Superkapitalismus* (2008) und *Nachbeben* (2010).

Robert Reich

RETTET DEN KAPITALISMUS!

Für alle, nicht für 1 %

Aus dem Englischen von Bernhard Schmid

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Saving Capitalism. For the Many, Not the Few
Copyright © 2015 by Robert B. Reich
Copyright in the Preface © 2016 by Robert B. Reich

ISBN 978-3-593-50608-1 Print
ISBN 978-3-593-43447-6 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-43467-4 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2016. Alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH,
Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: nach einem Entwurf von Joe Montgomery

Umschlagmotiv: © Shutterstock

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus: Scala und Scala Sans

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

John Kenneth Galbraith, in inniger Erinnerung

Es gibt zwei Arten von Übergriffen auf das Privateigentum;
die erste, bei der die Armen die Reichen ausplündern,
ist jäh und gewaltsam; die zweite, bei der die Reichen
die Armen ausplündern, langsam und legal.

*John Taylor, An Inquiry Into the Principles and
Policy of the Government of the United States (1814)*

INHALT

Vorwort zur deutschen Ausgabe	9
Einleitung	15

Der freie Markt

1 Die vorherrschende Ansicht	25
2 Die fünf Bausteine des Kapitalismus	31
3 Freiheit und Macht	35
4 Das neue Eigentum	40
5 Das neue Monopol	55
6 Die neuen Verträge	79
7 Die neue Insolvenz	92
8 Der Durchsetzungsmechanismus	101
9 Zusammenfassung: Der Marktmechanismus als Ganzes . .	119

Arbeit und Wert

10 Der Mythos von der Leistungsgesellschaft.	129
11 Der versteckte Mechanismus hinter der Vergütung von CEOs	138
12 Die Tricks mit den Wall-Street-Vergütungen	151
13 Die schwindende Verhandlungsmacht der Mitte	158
14 Das wachsende Heer der Erwerbssarmen.	180
15 Das wachsende Heer müßiger Reicher	191

Die Gegenkraft	
16 Reprise203
17 Die Gefahren für den Kapitalismus209
18 Der Niedergang der Gegenkraft220
19 Die Wiederherstellung der Gegenkraft237
20 Das Aus für die Vorabverteilung nach oben248
21 Die Reformierung von Kapital- und Aktiengesellschaft.252
22 Wenn die Roboter übernehmen260
23 Das Vermächtnis des Bürgers270
24 Die neuen Spielregeln278
Dank280
Anmerkungen.282
Register316

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Stagnierende oder gar sinkende Löhne für die Masse gepaart mit schwindender Arbeitsplatzsicherheit und zunehmender Ungleichheit; Aktiengesellschaften, Bankenriesen und Milliardäre kontrollieren einen wachsenden Anteil von Wirtschaft und Staat; eine vehemente Feindseligkeit gegenüber Fremden und Zuwanderern findet ihren Ausdruck in populistischem Zorn.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Für die Amerikaner jedenfalls wird das zunehmend zur politisch-ökonomischen Normalität. Steht diese neue Normalität unausweichlich auch den Deutschen ins Haus? Sicher, seit Ende der 1990er-Jahre sind die Einkommen fast aller Deutschen gestiegen. Man sollte dabei jedoch nicht übersehen, dass die Einkommen ganz oben in weit höherem Maße gestiegen sind. Und dass sich längst viele Deutsche Kräften ausgeliefert fühlen, auf die sie keinen Einfluss zu haben meinen – was dieselbe Art von populistisch-nationalistischem Gären zur Folge hat, wie wir es hier in den Vereinigten Staaten sehen.

Die gängigen Erklärungen für den wirtschaftlichen Druck, dem Beschäftigte in den Vereinigten Staaten während der letzten Jahrzehnte ausgesetzt waren (und immer noch sind), konzentrierten sich auf die Globalisierung und den Verlust von Arbeitsplätzen durch Technologie. Nur: So ganz alleine vermag die Tatsache, dass schlechter bezahlte Beschäftigte in Entwicklungsländern oder computergesteuerte Maschinen heute Arbeit billiger verrichten, die umrissene Entwicklung nicht zu erklären.

Vor allem übersehen diese Erklärungen die zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen von Konzerneliten und Hochfinanz, die neben den Superreichen einen überproportionalen Einfluss auf das Regelwerk gewonnen haben, nach dem unsere Wirtschaft spielt.

Die anhaltende Debatte zwischen der politischen Rechten und Linken um die Verdienste des sogenannten »freien Marktes« lenkt von der Tatsache ab, dass der Markt in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland heute anders organisiert ist als noch vor 30 Jahren und dass seine gegenwärtige Organisation nicht – wie damals – zu breit angelegtem Wohlstand und existenzieller Sicherheit zu führen vermag.

Der wesentliche Grund für diese Entwicklung ist die besagte Konzentration politischer Macht und ihr Einfluss auf die Spielregeln. Allein sie hat dafür gesorgt, dass die Vergütungspakete für die Chefetagen der Konzernriesen derart fantastische Höhen erreicht haben – während sich die Löhne und Berufsaussichten von Collegeabsolventen in letzter Zeit verschlechtert haben und die Arbeitsplätze der Mittelschicht sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten weniger sicher sind als noch vor 30 Jahren.

So haben, um nur ein Beispiel vorwegzunehmen, die Eliten von Konzernwelt und Hochfinanz sowohl für eine Ausweitung als auch für eine Verlängerung der Rechte an geistigem Eigentum – Patenten, Schutzmarken und Copyrights – und dadurch für höhere Profite bei Pharma-, Hightech-, Biotech- und Entertainmentkonzernen gesorgt. Diese Profite gehen in Form höherer Preise zulasten der Durchschnittsverbraucher, was einer teilweisen Umverteilung ihres Einkommens nach oben – an Top-Executives und Großaktionäre – gleichkommt.

Viele große Aktiengesellschaften haben darüber hinaus genügend Marktmacht erlangt, um die Preise höher zu treiben, als sie unter normalen Wettbewerbsbedingungen sein müssten. In den Vereinigten Staaten gehören zu diesen Konzernen Lebensmittelriesen, Fluglinien, Internet-Serviceprovider, Krankenkassen und Hightech-Unternehmen – die Eigentümer der Software-Plattformen, die heute de facto zu Industriestandards geworden sind (Amazon, Facebook und Google). Getrieben durch die besagte Umverteilung vom durchschnittlichen Verbraucher hin zu Top-Executives und Großaktionären, schlägt eine solche Marktmacht in Form von höheren Profiten zu Buche.

Über die gesetzliche Regelung des geistigen Eigentums hinaus hat diese Macht auch für eine Änderung des Insolvenzrechts zugunsten von Großkonzernen und Finanzinstituten gesorgt. So können in den Vereinigten Staaten die Reichen als Privatpersonen Insolvenz anmelden, um ihr Vermögen vor missglückten Investments zu schützen, und Konzerne können sich der Insolvenz bedienen, um lästige Verpflichtungen aus Tarifverträgen außer Kraft zu setzen. Ehemaligen Studenten hingegen, die mit der Tilgung ihres Studienkredits Probleme bekommen, oder Besitzern eines Eigenheims, die im Sog einer schlimmen Rezession ihre Hypothek nicht mehr zahlen können, ist es nicht erlaubt, ihre Schulden durch eine Insolvenz zu sanieren. Auch hier ist die Folge eine versteckte Umverteilung nach oben.

Parallel dazu verhinderte das politische Wirken von Großkonzernen und Finanzinstituten sowohl in den USA als auch in Deutschland das Steigen der Löhne im Verhältnis zu den Produktivitätsgewinnen. Handelsabkommen leisten dem Outsourcing von Arbeit ins Ausland Vorschub, sorgen aber sehr wohl für einen besseren Schutz des geistigen Eigentums und auch der Finanzanlagen im betreffenden Land. Die Budgets von Staaten wie Deutschland und den USA konzentrieren sich auf den Abbau des Haushaltsdefizits anstatt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, wodurch sie die Verhandlungsmacht des Durchschnittsarbeiters weiter unterminieren. Zunehmend grobmaschige Sicherheitsnetze und ein verminderter Arbeitsschutz haben in beiden Ländern die Arbeitsplatzunsicherheit des durchschnittlichen Arbeiters weiter erhöht – und damit seine Bereitschaft, geringere Löhne zu akzeptieren.

Darüber hinaus spiegelt sich die Macht von Konzernen und Großfinanz in der schwindenden Macht der Gewerkschaften. Vor 50 Jahren, als General Motors Amerikas größter Arbeitgeber war, verdiente der typische Arbeiter bei GM – nach heutigem Geldwert – \$ 35 die Stunde. Vor zwei Jahren, 2014, war Amerikas größter Arbeitgeber Walmart und der typische Beschäftigte dort brachte \$ 9 die Stunde nach Hause. Das liegt größtenteils daran, dass die Arbeiter bei GM vor einem halben Jahrhundert eine starke Gewerkschaft im

Rücken hatten – während Walmarts Beschäftigte überhaupt nicht organisiert sind. Walmart hat sich bislang allen entsprechenden Versuchen seiner Beschäftigten erfolgreich widersetzt. Dieses Muster lässt sich allenthalben in der amerikanischen Wirtschaft feststellen: In den 1950er-Jahren gehörte ein Drittel aller Beschäftigten in Amerikas privatem Sektor einer Gewerkschaft an – heute sind es weniger als 7 Prozent.

Es dürfte angesichts dessen nicht weiter überraschen, dass die Konzernprofite als Teil der amerikanischen Gesamtwirtschaft angezogen haben, während der Anteil der Löhne gesunken ist. In den USA wie in Deutschland sind dabei alle diejenigen, deren Einkommen direkt oder indirekt von Profiten abhängen – Konzernchefs, Finanzmakler und Aktionäre – ausgesprochen gut gefahren. Was man von den Leuten, die in erster Linie von Löhnen abhängig sind, nicht sagen kann.

Sicher, Deutschland hat noch ein Stück zu gehen bis zum oligarchischen Kapitalismus amerikanischer Prägung, aber lassen Sie sich nicht täuschen: Deutschland folgt Amerikas zweifelhaftem Vorbild. Es gibt keine Märkte ohne Regeln. Und wenn Konzernriesen, Großbanken und Superreiche überproportionalen Einfluss auf diese Regeln haben, wird der Markt sie nach und nach begünstigen – was zu ihrem Reichtum beiträgt und damit wiederum ihren Einfluss erhöht. Wenn man sich um diese Entwicklung nicht kümmert, ihr nicht Einhalt gebietet, kann dieser Teufelskreis sich nur noch beschleunigen.

Ich kann den Deutschen nur raten, sich in Acht zu nehmen. Die gegenwärtige Entwicklung ist nicht nachhaltig, weder ökonomisch noch politisch. Keine Wirtschaft der Welt kann ohne die Kaufkraft einer starken, wachsenden Mittelschicht die nötige Fahrt beibehalten – es ist dies einer der Gründe dafür, dass die US-Wirtschaft sechs Jahre nach einem ökonomischen Aufschwung kaum wieder dort ist, wo sie vor der Talfahrt in die Große Rezession war. Und es ist einer der Gründe, weshalb Zorn und Frustration eines großen Teils der amerikanischen Wählerschaft – die trotz harter Arbeit seit Jahren eher weniger verdient – eine nationalistische Revolte gegen

das gegenwärtige Establishment und bequeme Sündenböcke wie Einwanderer nähren. Politische Ökonomien, die den größten Teil ihrer Gewinne einer kleinen Gruppe an der Spitze zuteilen, sind ihrem Wesen nach instabil.

Die eigentliche Frage ist nicht, *ob* Deutschland und die Vereinigten Staaten sich auf einen Kapitalismus zubewegen, der vielen nützt anstatt nur einigen wenigen. Beide Nationen haben da keine Wahl. Die eigentliche Frage ist, ob dieser Richtungswechsel durch demokratische Reformen zustande kommt oder durch ein autoritäres Mandat. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich beide Nationen in den kommenden Jahren vor diese Wahl gestellt sehen.

*Robert B. Reich, Berkeley,
Kalifornien, Februar 2016*

EINLEITUNG

Erinnern Sie sich noch an die Zeiten, in denen das Einkommen eines Lehrers – Bäckers, Verkäufers, Mechanikers – für eine ganze Familie, ein eigenes Heim und zwei Autos gereicht hat? Ich erinnere mich noch sehr gut. In den 1950er-Jahren verkaufte mein Vater Ed Reich in seinem eigenen Geschäft Damenbekleidung für die Frauen der Arbeiter aus den Fabriken in der Nähe. Sein Laden lag an der Hauptstraße der benachbarten Stadt und warf genug für ein komfortables Leben für ihn und die Seinen ab. Wir waren nicht reich, aber arm kamen wir uns ganz sicher nicht vor. Und unser Lebensstandard stieg während der 1950er- und 1960er-Jahre kontinuierlich an.

Das war einmal die Norm. In den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg brachte Amerika die größte Mittelschicht der Weltgeschichte hervor. Während dieses Zeitraums verdoppelte sich das Einkommen des typischen Beschäftigten – ebenso wie das Wachstum der Volkswirtschaft. Während der letzten 30 Jahre dagegen hat die Volkswirtschaft sich zwar abermals verdoppelt, das Einkommen des typischen Amerikaners jedoch trat auf der Stelle.

Damals verdienten die CEOs großer Konzerne etwa 20-mal so viel wie der typische Arbeiter; heute bekommen sie erheblich mehr als das 200-Fache.¹

Zu der Zeit trug das eine Prozent der reichsten Amerikaner 9 bis 10 Prozent des Gesamteinkommens nach Hause; heute beträgt der Anteil dieses obersten Prozents am Gesamteinkommen mehr als 20 Prozent.²

Mit das wichtigste Wirtschaftsprodukt war damals die Hoffnung: Fleiß zahlte sich aus, Bildung war das Ticket zum sozialen Aufstieg; wer den größten Beitrag leistete, fuhr die reichste Ernte ein; wirtschaftliches Wachstum schuf mehr und bessere Arbeitsplätze; der

Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung stieg im Verlauf eines Arbeitslebens; unsere Kinder sahen einem noch besseren Leben entgegen, als wir es hatten, und die Spielregeln waren alles in allem fair.

Alle diese Annahmen klingen heute hohl. Das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem ist drastisch gesunken.³ Die offensichtliche Willkür und Unfairness der Wirtschaft haben den Glauben der Bevölkerung an deren Grundprinzipien untergraben.⁴ Allenthalben herrscht Zynismus. Vielen erscheinen Wirtschaft und Politik manipuliert zu sein – ein aufgelegter Schwindel zugunsten derer ganz oben.⁵

Die Bedrohungen für den Kapitalismus heißen heute nicht mehr Kommunismus oder Faschismus, sie kommen vielmehr aus der schleichenden Unterminierung des Vertrauens, ohne das es in modernen Gesellschaften weder Wachstum gibt noch Stabilität.⁶ Wenn ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr an eine faire Chance für sich und seine Kinder glauben kann, beginnt sich der stillschweigende Gesellschaftsvertrag aufzulösen, ohne den in Gesellschaften eine freiwillige Zusammenarbeit nicht möglich ist. An ihre Stelle tritt die Subversion, im Kleinen wie im Großen, vom Bagatelldiebstahl über Mogeleyen, Betrug und illegale Provisionen bis hin zur Korruption.

Wir haben jedoch die Macht, das alles zu ändern und eine neue Wirtschaft zu schaffen, die den vielen und nicht nur einigen wenigen dient. Karl Marx' Behauptung zum Trotz führt nichts im Kapitalismus zwangsläufig zu erhöhter wirtschaftlicher Unsicherheit und zunehmender Ungleichheit. Die Grundregeln des Kapitalismus sind nicht in Stein gemeißelt. Sie sind von Menschen geschrieben und werden von Menschen umgesetzt. Aber um zu entscheiden, was zu ändern ist, und das dann auch tatsächlich umzusetzen, müssen wir erst einmal verstehen, was da eigentlich passiert ist und warum.

Seit einem Vierteljahrhundert erkläre ich in Büchern und Vorlesungen, warum die arbeitende Durchschnittsbevölkerung moderner Nationen wie den Vereinigten Staaten nicht an Boden gewinnen hat können und wirtschaftlich zunehmend unter Druck gerät. Einfach gesagt haben durch Globalisierung und technologischen Fort-

schritt die meisten von uns an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Weniger gut bezahlte Arbeitskräfte im Ausland und computergesteuerte Maschinen erledigen viele unserer früheren Aufgaben heute billiger als wir.

Meine Lösung – und ich stehe mit meinem Vorschlag beileibe nicht allein – ist ein aktivistischer Staat, der die Reichen besteuert und die daraus resultierenden Einnahmen in ausgezeichnete Schulen investiert (und in das, was die Bevölkerung sonst noch zum Vorkommen braucht); außerdem sorgt er für eine Umverteilung an die Bedürftigen. Diese Empfehlungen sind auf vehemente Opposition derer gestoßen, die die Ansicht vertreten, dass Wirtschaft und Bevölkerung mit einem schlanken Staat, Steuersenkungen und minimaler Umverteilung besser dran sind.

So zutreffend meine Erklärung der genannten Entwicklung nach wie vor ist: Mittlerweile bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass ich ein Phänomen von kritischer Bedeutung übersehen habe – die zunehmende Konzentration politischer Macht in den Händen einer wirtschaftlichen und finanziellen Elite, der es gelungen ist, Einfluss auf die Regeln zu nehmen, nach denen die Wirtschaft »spielt«. Darüber hinaus gehen die von mir vorgelegten vom Staat ausgehenden Lösungen, so nützlich sie auch sind, in mancherlei Hinsicht an der Sache vorbei, da sie seiner grundlegenden Rolle bei der Festsetzung der marktwirtschaftlichen Spielregeln nicht genügend Rechnung tragen. Schlimmer noch haben wir bei der Debatte zwischen Verfechtern des »freien Marktes« und den Befürwortern des aktivistischen Staats gleich mehrere kritische Themen aus den Augen verloren: Wie kam es, dass der Markt heute anders organisiert ist als vor einem halben Jahrhundert; warum vermag seine gegenwärtige Organisation im Gegensatz zur früheren nicht länger weithin für Wohlstand zu sorgen; und wie sollen die grundlegenden Regeln des Marktes denn eigentlich aussehen?

Ich bin zu der Ansicht gekommen, dass wir diese Themen nicht ganz zufällig aus den Augen verloren haben. Einige der besonders vernehmbaren Verfechter des »freien Marktes« – darunter die Chef-

etagen von Konzernriesen und ihre allgegenwärtigen Anwälte und Lobbyisten, Wall-Street-Volk und dessen politische Lakaien sowie zahlreiche Multimillionäre und Milliardäre – sind seit Jahren dabei, den Markt zu ihrem Vorteil zu reorganisieren. Mit der Diskussion um den »freien Markt« lenken sie von den oben genannten Themen geflissentlich ab.

Im vorliegenden Buch will ich diese Themen in den Mittelpunkt stellen. Meine Argumentation ist so direkt wie unkompliziert. Wie ich im ersten Teil herausarbeiten werde, brauchen Märkte um der Selbsterhaltung willen Spielregeln zur Regulierung von Eigentum (was kann besessen werden), Monopolen (wie viel Marktmacht ist zulässig), Verträgen (was kann ausgetauscht werden und zu welchen Konditionen), Insolvenz (was passiert bei Zahlungsunfähigkeit des Käufers) und dazu, wie man all das durchsetzen soll.

Solche Regeln sind nicht naturgegeben. Wir müssen, auf die eine oder andere Weise, über sie entscheiden. Unter dem wachsenden Einfluss von Großkonzernen, Wall Street und Superreichen auf die für sie verantwortlichen politischen Institutionen haben diese Regeln im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine Veränderung zugunsten ebendieser Privilegierten erfahren.

Im selben Zeitraum verkümmerten die Hochburgen der von John Kenneth Galbraith als »Countervailing Power«* bezeichneten gegengewichtigen Marktmacht, die es von den 1930er- bis Ende der 1970er-Jahre Amerikas Mittel- und unterer Mittelschicht ermöglichte, ihren Einfluss geltend zu machen: Gewerkschaften, Geschäftsleute, mittelständische Unternehmer, Kleinanleger und politische Parteien auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene. Folge davon ist ein von den Reichen zum Zweck ihrer weiteren Bereicherung reorga-

* John Kenneth Galbraith prägte diesen Begriff in seinem 1952 erschienenen Buch *American Capitalism*. Die deutsche Ausgabe seines Werks *Der Amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte* (A. J. Walther Verlag, Stuttgart 1956) übersetzt das mit »Gegenkraft«. Er wurde aber auch, nicht ganz zu Unrecht, mit »Gegenmacht« übersetzt, da »Kraft« im physikalischen Sinne *force* ist und *power* tatsächlich die »Macht«.

nisierter Markt. Dieser wiederum hat zu einer zunehmenden Vorabverteilung *innerhalb* des Marktes – von der Mittelschicht und den Armen hin zu einer Minderheit an der Spitze – geführt. Da diese Vorabverteilung im Markt selbst stattfindet, ist sie größtenteils unbeachtet geblieben.

Im zweiten Teil zeige ich auf, wie sich diese Entwicklung auf die daraus resultierende Verteilung von Einkommen und Wohlstand in der Gesellschaft auswirkt. Die auf dem Konzept der Leistungsgesellschaft fußende Behauptung, wir würden nach unserem Marktwert bezahlt, ist eine Tautologie, bei der sich die Frage nach der Organisation des Marktes aufdrängt und ob diese moralisch und ökonomisch vertretbar ist. In Wirklichkeit hängen Einkommen und Wohlstand zunehmend davon ab, wer die Macht über die Spielregeln hat.

Wie ich aufzeigen werde, bestimmen die CEOs von Großkonzernen ebenso wie Top-Trader und Portfolio-Manager der Wall Street effektiv ihr eigenes Einkommen, sorgen für auf Profitmaximierung abgestimmte Marktregeln und werden dank Insiderinformationen steinreich. Unterdessen tritt das Einkommen des durchschnittlichen Arbeiters auf der Stelle, weil er sowohl seine wirtschaftspolitische Gegenmacht als auch seinen politischen Einfluss verloren hat. Die gleichzeitig steigende Anzahl von Erwerbsarmen und müßigen Reichen liefert weitere Belege dafür, dass Fleiß und Einkommen längst nicht mehr korrelieren. Die ungleiche Vorabverteilung des Einkommens *innerhalb* des Marktes hin zur Spitze hat Rufe nach einer stärkeren Umverteilung nach unten *außerhalb* des Marktes – durch Steuern und Transferzahlungen an die Armen und die untere Mittelschicht – laut werden lassen. Aber solche Forderungen befeuern nur noch mehr die hitzige Debatte, in welchem Maße der Markt durch den Staat beeinflusst werden soll.

Wie ich im dritten Teil ausführe, besteht die Lösung nicht darin, für mehr oder weniger Staat zu sorgen. Das eigentliche Problem ist nicht der Einflussbereich des Staats, sondern die Frage, für wen der Staat da ist. Für Abhilfe muss die große Mehrheit selbst sorgen, indem sie sich den Einfluss auf die Organisation des Marktes zurückholt. Es geht im Grunde um eine Wiedererstarkung der Gegen-

macht, eben jener Countervailing Power, in der sich die ökonomischen Interessen einer Mehrheit verbünden, die von den Gewinnen der Wirtschaft nichts zu sehen bekommt. Indem die gegenwärtige Rechts-links-Debatte den »freien Markt« gegen den Staat bzw. dessen »Einmischung« ins Feld führt, steht sie einem solchen Bündnis widersinniger- wie unnötigerweise im Weg.

Ich werde zeigen, dass Amerikas größte politische Kluft in den kommenden Jahren nicht die zwischen Republikanern und Demokraten sein wird. Vielmehr wird der Komplex aus Großkonzernen, Wall-Street-Banken und Superreichen, der Wirtschaft und Politik seinen Interessen gemäß manipuliert, der großen Mehrheit gegenüberstehen, die sich als Folge dieser Entwicklung in der Bredouille sieht. Mein Schluss daraus: Umkehren lässt sich die gegenwärtige Entwicklung nur durch Schulterschluss und Organisation der großen Mehrheit, die im Augenblick keinen Einfluss auf die Spielregeln hat – nur so lässt sich für die Wiederbelebung der wirtschaftspolitischen Gegenkraft sorgen, die vor 50 Jahren der Schlüssel zur allgemeinen Prosperität war.

So sehr sich das vorliegende Buch auf die Vereinigten Staaten als Zentrum des globalen Kapitalismus konzentriert: Die hier beschriebenen Phänomene ähneln sich zunehmend in allen ihren Erscheinungsformen rund um die Welt, und ich denke, dass die amerikanischen Lektionen auch für andere Länder relevant sind.⁷ Obwohl weltweit agierende Unternehmen sich an die jeweiligen Regeln der Länder zu halten haben, in denen sie Geschäfte machen, nehmen Weltkonzerne und Finanzinstitute zunehmend Einfluss auf die Beschaffenheit dieser Regeln, ganz egal, wer sie wo formuliert hat. Darüber hinaus sorgen die wachsende Unsicherheit und die auflaufende Frustration derjenigen, die sich machtlos fühlen – angesichts von Ökonomien (und Marktregeln), die ihnen nichts bringen –, selbst in hoch entwickelten Ländern für virulente nationalistische Bewegungen, nicht selten mit rassistischem und zuwanderungsfeindlichem Unterton.



Ich glaube, wenn wir über die Mythen hinaus einen Blick auf unsere Realität werfen, können wir dafür sorgen, dass der Kapitalismus der Mehrheit anstatt nur relativ wenigen dient. Die Geschichte bietet sowohl Hinweise auf das Wie als auch einen gewissen Trost, insbesondere in den USA, wo man die Regeln der politischen Ökonomie mehrmals angepasst hat, um eine integrative Gesellschaft zu schaffen, die der politischen Macht wohlhabender Minoritäten an der Spitze Grenzen setzte.

In den 1830er-Jahren nahmen die Anhänger Andrew Jacksons die Privilegien von Eliten aufs Korn, damit die Marktordnung auch dem Normalbürger dienen konnte. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sorgten Progressive für ein Kartellrecht zur Zerschlagung der gigantischen Trusts. Sie schufen unabhängige Ausschüsse zur Regulierung von Monopolen und verboten Parteispenden von Unternehmen. In den 1930er-Jahren beschränkte der New Deal die politische Macht von Konzernriesen und Wall Street, während er die Gegenkraft von Gewerkschaften, mittelständischen Unternehmern und Kleininvestoren stärkte.

Die Herausforderung, vor der wir uns sehen, ist nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Art. Die beiden Sphären sind nicht voneinander zu trennen. Im Gegenteil, der etwas angestaubte Begriff »politische Ökonomie« für das Gebiet, auf das ich hier zurückgreife, kommt nicht von ungefähr – beschäftigt es sich doch mit dem Verhältnis der Gesetze und politischen Einrichtungen einer Gesellschaft zu einem Gefüge moralischer Ideale, deren zentrales Thema eine gerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg bewegte sich unter dem starken Einfluss von John Maynard Keynes' Denken das Augenmerk weg von diesen Belangen hin zu Steuern und Transferzahlungen als Mittel zur Stabilisierung des Wirtschaftskreislaufs und zur Unterstützung der Armen. Und diese Formel funktionierte jahrzehntelang. Das schnelle Wirtschaftswachstum schuf allgemeine Prosperität und diese wiederum eine starke Mittelschicht. Die Countervailing Power erfüllte ihren Zweck. Wir mussten uns ebenso wenig um die politische Ökonomie kümmern, wie wir uns Sorgen um die exzes-

sive ökonomische und politische Macht auf höchster Ebene zu machen brauchten. Heute müssen wir das sehr wohl.*

In gewissem Sinne ist das vorliegende Buch ein Rückgriff auf eine frühere Tradition der Forschung und langlebigere Belange. In ebendieser Tradition gründet sich der Optimismus des Buchs. Wir haben den Kapitalismus immer wieder vor seinen Exzessen bewahrt. Ich bin zuversichtlich, dass uns das auch diesmal gelingt.

* 1890, mit dem Erscheinen von Alfred Marshalls *Principles of Economics*, begann man in den englischsprachigen Ländern die Ökonomie (*economics*) als Disziplin von der politischen Ökonomie (*political economy*) zu unterscheiden. Die neue Disziplin versuchte abstrakte Variablen herauszuarbeiten, die auf alle Systeme der Produktion und des Austauschs anzuwenden sein sollten, und kümmerte sich kaum oder gar nicht um die Verteilung dieser Ressourcen oder um spezifische gesetzgebende oder politische Einrichtungen des Staats. Das Studium sowohl der Ökonomie als auch vieler anderer gesellschaftlicher Aspekte begann sich weg zu entwickeln von historisch spezifischen politischen, moralischen und institutionellen Beziehungen hin zu universelleren wissenschaftlichen »Gesetzen«. John Maynard Keynes' *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936) dominierte die amerikanische Wirtschaftspolitik vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende der 1970er-Jahre.

Teil I
Der freie Markt

1 DIE VORHERRSCHENDE ANSICHT

Oft passiert mir bei Diskussionen in kleinerem Rahmen Folgendes: Jemand stellt erst mich vor und dann meinen Sparringspartner. Anschließend diskutieren wir fünf bis zehn Minuten über ein gegebenes Thema: Bildung, Armut, Steuern, Einkommensungleichheit, Managervergütungen, Mittelschichteinkommen, Klimawandel, Drogenhandel, was auch immer – es spielt im Grunde keine Rolle, denn mit verblüffender Regelmäßigkeit geht es früher oder später darum, ob der »freie Markt« dieses oder jenes nicht besser bewältige als der Staat.

Es ist nicht so, dass ich das provozieren würde. Im Gegenteil, ich habe es bereits gesagt und werde im Folgenden noch näher darauf eingehen, wie sinnlos diese Debatte meiner Ansicht nach ist. Schlimmer noch: Sie lenkt von dem ab, was tatsächlich zu diskutieren wäre. Beabsichtigt oder nicht – sie zieht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ab von dem eigentlich relevanten Problem.

Kaum eine Idee hat das Denken so vieler Leute so gründlich verdorben wie die Vorstellung, es könnte irgendwo im Universum so etwas geben wie einen »freien Markt«, in den der Staat »sich einmischt«. Einer solchen Ansicht nach ist jede marktbedingte Ungleichheit oder Unsicherheit eine natürliche und unausweichliche Folge unpersönlicher »Marktkräfte«. Anders gesagt, was immer man Ihnen bezahlt, es reflektiert Ihren Wert auf dem Markt. Wenn Sie davon nicht leben können, dann haben Sie einfach Pech gehabt; und wenn andere Milliarden einstreichen, dann sind sie das Geld eben wert. Wenn Millionen arbeitslos sind oder ihre Löhne von Jahr zu Jahr schrumpfen, wenn sie zwei oder drei Jobs nachgehen müssen und keine Ahnung haben, was sie nächste Woche, geschweige denn nächsten Monat verdienen werden, dann ist das natürlich

bedauerlich, aber eben unabdingbare Folge der »Kräfte des freien Marktes«.

Dieser Ansicht zufolge riskiert man mit jeder Maßnahme zur Linderung von Ungleichheit und wirtschaftlicher Unsicherheit eine »Verzerrung des Marktes«; oder anders gesagt: Wer die Wirtschaft in den Dienst der Mehrheit zu stellen beabsichtigt, vermindere ihre Effizienz oder beschwöre gar unheilvolle Folgen herauf. Selbst wenn gewisse Unvollkommenheiten des Marktes wie Umweltverschmutzung, Arbeitsplatzunsicherheit oder die Notwendigkeit öffentlicher Güter wie etwa Grundlagenforschung – oder die Unterstützung der Armen – gelegentlich einen staatlichen Eingriff nötig machten, seien das eher Ausnahmen, die nur die Regel bestätigten, dass der Markt selbst es am besten wisse.

Diese Ansicht ist so beherrschend, dass sie heute praktisch als gegeben gilt. Kaum ein Grundkurs Wirtschaft, in dem sie nicht gelehrt wird. Längst hat sie Einzug in den alltäglichen Diskurs gehalten. Politiker von links wie von rechts reden dieser Auffassung das Wort.

Alles, worüber man innerhalb dieses Lagers noch reden könnte, ist das gerechtfertigte Maß an staatlicher Intervention. Die einen wollen den schlankeren Staat und weniger Einmischung, die anderen dagegen wollen mehr bzw. einen aktiveren Staat. Daraus ist eine endlose Debatte geworden, ein Zankapfel, der nicht nur in Amerika, sondern praktisch überall in der kapitalistischen Welt Rechte und Linke trennt. Die Reaktion des Einzelnen hängt typischerweise davon ab, welcher Seite er vertraut oder nicht: dem Staat oder dem »freien Markt«.

Das Problem dabei: Sowohl die vorherrschende Ansicht als auch die Debatte, die sie losgetreten hat, sind von Grund auf falsch. Es gibt schlicht keinen »freien Markt« ohne Staat; der »freie Markt« existiert nicht in einer Wildnis, die jedem Zugriff der Zivilisation entzogen ist. Konkurrenz in der Natur ist ein Wettbewerb ums Überleben, bei dem der Größte und Stärkste in der Regel gewinnt. Die Zivilisation dagegen definiert sich durch Regeln; Märkte werden durch Regeln geschaffen und für diese Regeln sorgt der Staat.

Thomas Hobbes, Staatsphilosoph aus dem 17. Jahrhundert, drückt das in seinem Hauptwerk *Leviathan* folgendermaßen aus:

[In der Natur] gibt es keinen Platz für Fleiß, denn seine Früchte sind ungewiß, und folglich keine Kultivierung des Bodens, keine Schifffahrt oder Nutzung der Waren, die auf dem Seeweg importiert werden mögen, kein zweckdienliches Bauen, keine Werkzeuge zur Bewegung von Dingen, deren Transport viel Kraft erfordert, keine Kenntnis über das Antlitz der Erde, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine Bildung, keine Gesellschaft, und, was das allerschlimmste ist, es herrscht ständige Furcht und die Gefahr eines gewalt-samen Todes; und das Leben des Menschen ist einsam, armselig, widerwärtig, vertiert und kurz.⁸

Ein Markt – *jeder Markt* – bedarf des Staats, um besagte Spielregeln sowohl zu formulieren als auch durchzusetzen. In den meisten modernen Demokratien gehen solche Regeln von Legislative, Verwaltungsbehörden und Gerichten aus. Der Staat »mischt sich« also keineswegs in den »freien Markt« ein. Er ist es, der den Markt schafft.

Die Regeln sind weder neutral noch universell, und mit Sicherheit sind sie nicht in Stein gemeißelt. Unterschiedliche Gesellschaften haben zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Versionen davon übernommen. Die Regeln spiegeln zum Teil die in Entwicklung begriffenen Normen und Werte einer Gesellschaft wider, sie reflektieren aber auch, wer in einer Gesellschaft mehr Macht als andere hat, sie zu formulieren oder Einfluss auf sie zu nehmen. Die endlose Debatte darüber, ob der »freie Markt« besser sei als »der Staat«, macht es uns unmöglich, der Frage nachzugehen, wer diese Macht ausübt, wie die Betroffenen davon profitieren und ob man solche Regeln nicht vielleicht ändern sollte, damit möglichst viele davon profitieren.

Das Maß des staatlichen Einflusses ist nicht unerheblich; einen weit größeren Einfluss haben die Regeln, nach denen der »freie Markt« funktioniert, jedoch sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die Gesellschaft selbst. Sicher, die Höhe von Steuern und Staatsausgaben muss ebenso diskutiert werden wie das Maß an Regulierung

und die Höhe von Subventionen. Aber diese Probleme haben nur am Rande mit der Wirtschaft zu tun, während die Regeln die Wirtschaft *sind*. Es ist unmöglich, eine Marktordnung zu haben ohne solche Regeln und die Wahlmöglichkeiten, die hinter ihnen stehen. Wie der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi erkannt hat,⁹ ist denen, die »weniger Staat« das Wort reden, in Wirklichkeit nach einem *anderen* Staat – in der Regel nach einem, der sie oder ihre Herren – oder Geldgeber – bevorzugt.* Die »Deregulierung« des Finanzsektors in den Vereinigten Staaten der 1980er- und 1990er-Jahre zum Beispiel wäre mit »Reregulierung« weit treffender bezeichnet. Sie bedeutete keinesfalls weniger Staat; sie bedeutete einen anderen Katalog von Regeln, der es zunächst einmal der Wall Street erlaubte, auf eine ganze Bandbreite riskanter, aber lukrativer Wetten zu spekulieren – so, wie er es den Banken ermöglichte, Leuten Hypotheken aufzuschwatzen, die sie sich gar nicht leisten konnten. Als die so geschaffene Blase dann 2008 platzte, sorgte der Staat für Regeln, die die Aktiva der größten Banken schützen und diese stützen sollten, um sie vor dem Untergang zu bewahren und zum Aufkauf schwächerer Banken zu bewegen. Gleichzeitig setzte der Staat Regeln durch, die Millionen von Menschen um ihr Zuhause brachten. Darauf folgten weitere Regeln, die darauf abzielten, die Banken von der nächsten Runde riskanter Aktionen abzuhalten (obwohl diese Regeln in den Augen zahlreicher Fachleute alles andere als ausreichend sind).

* In seinem Buch *The Great Transformation* (1944) argumentiert Polanyi, dass die Marktwirtschaft und der Nationalstaat ein nicht voneinander zu trennendes, von Menschenhand geschaffenes System darstellen, das er als »Marktgemeinschaft« bezeichnet. Seiner Ansicht nach haben das Aufkommen des modernen Nationalstaats und die modernen kapitalistischen Ökonomien, die er begünstigte, das menschliche Bewusstsein verändert – von einem, das auf Gegenseitigkeit und Umverteilung beruht, zu einem, das sich auf Nützlichkeitsdenken und Eigennutz gründet.

Wir müssen uns weniger vor den – eher seltenen – großen Ereignissen wie der finanziellen Stützung der Wall Street 2008 in Acht nehmen als vor den ständigen kleinen Regeländerungen, die auf eine Änderung der Marktwirtschaft abzielen. Die wichtigsten Auswirkungen – selbst großer Ereignisse – sind jene, die verändernd auf die Spielregeln wirken. Der Bail-out (Rettungsschirm) der Wall Street sorgte für eine implizite Garantie, dass der Staat den größten Banken auch das nächste Mal wieder aus der Patsche helfen würde. Das wiederum gab, wie ich aufzeigen werde, den größten Banken einen finanziellen Vorteil gegenüber kleineren Banken und förderte ihr anschließendes Wachstum wie ihre Dominanz über den ganzen Finanzsektor – was wiederum ihre politische Macht förderte, um die Regeln zu bekommen, die sie brauchten, und alle anderen zu umgehen.

Der »freie Markt« ist ein Mythos, der uns daran hindert, uns diese Regeländerungen genauer anzusehen und zu hinterfragen, wem sie eigentlich dienen. Der Mythos nützt entsprechend denjenigen, die solche Einsichten nicht wollen. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet die mit dem größten Einfluss auf diese Regeln – darüber hinaus ganz zufällig auch die größten Nutznießer von deren Wortlaut und Umsetzung – auch zu den eifrigsten Verfechtern des »freien Marktes« gehören; sie sind die glühendsten Fürsprecher der Überlegenheit des Marktes über den Staat. Aber allein schon die Debatte dient ihrem Ziel, die Öffentlichkeit von den darunterliegenden Realitäten – wie Genese und Modifikation dieser Regeln – abzulenken, von ihrer Macht über diesen Prozess und dem Maß, in dem sie von den Ergebnissen profitieren. Anders gesagt geht es den Befürwortern des »freien Marktes« nicht nur darum, die Öffentlichkeit von der Überlegenheit des Marktes, sondern auch von der zentralen Bedeutung dieser endlosen Debatte zu überzeugen.

Was ihnen dabei hilft, ist die Tatsache, dass die zugrundeliegenden Regeln gut versteckt sind in einer Wirtschaft, in der ein Großteil des Besitzes und der Handelsgüter zunehmend immaterieller Art ist und immer komplexer wird. So sind die Regeln für geistiges Eigentum schwieriger zu erkennen als zum Beispiel die Regeln einer